



# Detailansicht des Regelungsvorhabens

## Reform Gewaltschutzgesetz (GewSchG)

Aktuell seit 27.11.2025 17:07:46

### Angegeben von:

Weibernetz e. V. Bundesnetzwerk von FrauenLesben und Mädchen mit Beeinträchtigung (R004306)  
am 25.06.2024

### Beschreibung:

- Gesetzliche Konkretisierung des Anspruchs auf einkommens- und vermögensunabhängige pflegerische Notversorgung und Notfallassistenz im Falle der Wegweisung einer Tatperson, die Pflege/Assistenz leistet. - Einführung von Regelungen, die auch bei dem Auftreten von Gewalt in Einrichtungen oder für den Fall, dass auch die Tatperson eine Behinderung hat Schutz gewährleisten (Stichwort Betreuungsrecht, Stichwort Näherungsverbot, Stichwort Mangel an barrierefreiem Wohnraum).

## Betroffene Interessenbereiche (2)

Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

## Betroffene Bundesgesetze (1)

[GewSchG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

## Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

- [SG2511270020](#) (PDF - 4 Seiten)

### Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2025 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) alle SG  
dorthin